

Motion Fraktion FDP (Christoph Zimmerli): Positive Trendwende in der Stadtberner Finanzpolitik ermöglicht endlich eine moderate Steuersenkung ab 2016!

Die Rechnung 2014 schliesst mit einem Überschuss von Fr. 30.7 Mio. deutlich besser ab als das budgetierte Defizit von Fr. 1.7 Mio. Die Schulden konnten gar um Fr. 144 Mio. reduziert werden. Es ist nun höchste Zeit, den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, die massgeblich zu diesem positiven Ergebnis beigetragen haben, etwas zurückzugeben und die Steuern ab 2016 moderat zu senken.

Heute hat die Finanzdirektion der Stadt Bern die Rechnung 2014 der Stadt Bern und einen Ausblick auf die Jahre 2016 bis 2019 präsentiert. Statt mit einem budgetierten Defizit von Fr. 1.7 Mio. schliesst die Erfolgsrechnung mit einem Überschuss von Fr. 30.7 Mio. Dieses erfreuliche Ergebnis ist auf steigende Steuer- und Finanzerträge einerseits und eine konsequente Ausgabenpolitik andererseits zurückzuführen. Auch die Schulden konnten um Fr. 144 Mio. abgebaut werden. Das Eigenkapital der Stadt Bern wächst auf Fr. 104.3 Mio. an. Das positive Rechnungsergebnis findet seinen Niederschlag im Finanzplan 2016-2019, der einen deutlich positiveren mittelfristigen Ausblick gibt als bisher.

Nachdem die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler der Stadt Bern während Jahrzehnten zuverlässig ihre Steuern entrichtet, damit die hohen Lasten mitgetragen und nun auch massgeblich zu dieser positiven Trendwende beigetragen haben, ist es höchste Zeit, dass Ihnen wie den Mitarbeitenden der Stadt Bern eine „Anerkennungsprämie“ ausgerichtet wird. Die Mitarbeitenden haben diese Anerkennungsprämie mit ihren guten Leistungen verdient, so auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Um deren Motivation aufrechtzuerhalten, weiterhin zuverlässig und pünktlich die verglichen mit anderen Städten viel zu hohen Steuern zu entrichten, ist ein positives Zeichen zu setzen und ab dem Steuerjahr 2016 die Steueranlage um mindestens den Faktor 0.05 vom geltenden Steuersatz, d.h. vom 1.54-fachen auf das 1.49-fache der für die Staatssteuer geltenden Einheitsätze zu senken.

- Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt, die Steueranlage für die Stadt Bern um mindestens den Faktor 0.05 vom geltenden Steuersatz, d.h. vom 1.54-fachen auf das 1.49-fache der für die Staatssteuer geltenden Einheitsätze, im Steuerjahr 2016 zu senken.

Bern, 26. März 2015

Erstunterzeichnende: Christoph Zimmerli

Mitunterzeichnende: Bernhard Eicher, Jacqueline Gafner Wasem, Peter Erni, Dannie Jost, Mario Imhof

Antwort des Gemeinderats

Das erfreuliche Rechnungsergebnis 2014 mit einem Überschuss von 30,75 Mio. Franken vor Gewinnverwendung hat auf die Höhe des Bilanzüberschusses von 104,28 Mio. Franken keinen Einfluss, da die städtischen Investitionen 2014 nicht zu 100 Prozent selbst finanziert, respektive die ordentlichen Abschreibungen kleiner als die Nettoinvestitionen waren. Unter diesen Voraussetzungen ist eine weitere Äufnung des Bilanzüberschusses gemäss kantonalem Recht nicht möglich.

Wie bereits im Antrag auf Fristverlängerung zur Motion Beat Gubser (EDU): Moderate Steuersenkung nach Eigenkapitalbildung; Fristverlängerung (Signatur 2011.SR.000336) aufgezeigt, besteht ein enger Zusammenhang zwischen der mittelfristigen Finanzplanung und der Beurteilung, ob bei

Erreichen des angestrebten Bilanzüberschusses allenfalls eine moderate Steuersenkung erfolgen könnte. Die Beurteilung erfolgt sinnvollerweise im Zusammenhang mit dem Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) und wurde erstmals mit dem IAFP 2016 - 2019 vorgenommen, weil bei dessen Vorliegen die Zahlen der Jahresrechnung 2014 bekannt waren. Der IAFP 2016 - 2019 wies für das Planjahr 2016 ein Defizit von 3,14 Mio. Franken aus, welches in den weiteren Planjahren kontinuierlich auf über 21 Mio. Franken ansteigt. Ausserdem sind die wirtschaftlichen Auswirkungen der Aufhebung des Euro-Mindestkurses und damit deren Auswirkungen auf das städtische Steuersubstrat heute nicht abschliessend abschätzbar. Dem Gemeinderat ist es trotz dieser unsicheren Ausgangslage gelungen, dem Stadtrat auch für das Jahr 2016 ein ausgeglichenes Produktgruppenbudget (PGB) vorzulegen. Die Frage des korrekten Steuerfusses für das Budget 2017 soll anlässlich der Behandlung des IAFP 2017 - 2020 wieder aufgegriffen werden. Deshalb hat er dem Stadtrat für die „Motion Beat Gubser (EDU): Moderate Steuersenkung nach Eigenkapitalbildung“ eine entsprechende Fristverlängerung beantragt. Der Stadtrat stimmte, anlässlich seiner Sitzung vom 4. Juni 2015, einer Fristverlängerung bis zur Behandlung des Integrierten Aufgaben- und Finanzplans 2017 - 2020 im Stadtrat im Mai 2016 zu.

Aus den geschilderten Überlegungen heraus ist der Gemeinderat nicht bereit, bereits im PGB 2016 eine Steuersenkung vorzuschlagen.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Eine Steuersenkung um den Faktor 0,05 hätte nach heutigen Kenntnissen einen Ertragsausfall von rund 12,7 Mio. Franken zur Folge.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen.

Bern, 12. August 2015

Der Gemeinderat